



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 12. Mai 2023 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

nach meinem ersten Einzug in den Deutschen Bundestag in 2013 wurde ich Mitglied im Finanz- sowie Familienausschuss und war in beiden Ausschüssen für Querschnittsthemen zuständig. Diese bündelten wir dann in eine Unterarbeitsgruppe zur Evaluierung der ehe- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland – vom Ehegattensplitting bis zum Kindergeld. Ein Leitbild der Union dabei war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Dass diese wichtige Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Spitze der Bundespolitik dieser Tage in einem gänzlich anderen, sehr irritierenden Kontext diskutiert wird, habe ich als ehemaliger Familienpolitiker so nicht kommen sehen.

Die als Trauzeugen-Affäre von Energiewende-Staatssekretär Graichen bekanntgewordene Besetzungsverfahren bei der „dena“ genügte nicht rechtsstaatlichen Standards und Anforderungen. Auch wenn Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck diesen Fehler zwischenzeitlich eingeräumt hat, bleibt die Bundesregierung weitere Antworten zum Umgang mit den persönlichen Verflechtungen im Bundeswirtschaftsministerium, nachgeordneten bundeseigenen Unternehmen und Zuwendungsempfängern

schuldig. Es drängt sich der Eindruck auf: Bei der Grünen-Personalauswahl in dieser Regierung wird statt auf Fachexpertise auf Verwandtschaftsverhältnisse und Ideologie gesetzt. Das führt zu realitätsfremden Gesetzen – wie dem Heizungsverbot. Die Ampel versichert mit ihrem andauernden Streit Bürgerinnen und Bürger, Handwerkerinnen und Handwerker, Wohnungs- und Baubranche sowie die Industrie.

Wir hingegen stehen für Technologieoffenheit: Neben der Wärmepumpe muss die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wärmenetzen über Bioenergie, Abwärmenutzung und Geothermie bis hin zu Wasserstoff – genutzt werden.

Darüber hinaus fand am nach monatelangem Zögern Mittwoch endlich eine Ministerpräsidentenkonferenz zur aktuellen Migrationskrise statt. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden bereits 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt. Zusätzlich haben weiterhin über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge bei uns Zuflucht gefunden, mehr als in jedem anderen Land der EU.

Außerdem habe ich mich sehr gerne im Rahmen des Podcasts „Jetzt mal Hessen“, dem Politischen Talkformat der CDU Hessen, den Fragen der engagierten Moderatorin gestellt.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Leittrag der CDU/CSU zur Wärmeversorgung
- Migrationsgipfel im Kanzleramt
- Bundeswehreinsatz in Mali
- Gute Nachricht der Woche: Leichter Hoffnungsschimmer für Verbraucher

Leitantrag:

Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung

Ein warmes Zuhause ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich aktuell um die Wärmeversorgung ihrer Wohnung. Die Politik der Bundesregierung trägt zu diesen Sorgen maßgeblich bei.

Der andauernde Streit in der Ampel verunsichert Bürgerinnen und Bürger, Handwerkerinnen und Handwerker, Wohnungs- und Baubranche sowie die Industrie. Im Zentrum der breiten öffentlichen Kritik stehen dabei die neuen Vorschläge der Bundesregierung zur Reform des Gebäudeenergiegesetzes.

Standpunkt: Die Hürden für viele klimafreundliche Technologien werden im Ampel-Gesetz stark erhöht. Die Nutzung von Biomasse wird im Neubau verboten, im Bestand erschwert und Hürden für Wärmenetze und wasserstoffbetriebene Heizungen aufgebaut. Von Technologieoffenheit kann keine Rede sein. Es wird einseitig auf die Wärmepumpe gesetzt, auch wenn dies nicht in jedem Einzelfall die energetisch und wirtschaftlich effiziente Lösung ist und Verteilnetzbetreiber vor erhebliche Probleme stellt. Entgegen der Intention des Gesetzentwurfs werden die Investitionen in Öl- und Gasheizungen aktuell sogar verstärkt, um dem drohenden Verbot und finanzieller Überforderung zuvorzukommen. Ein Bärendienst an der Wärmewende. •

Aktuelle Entwicklungen in der Asyl- und Migrationspolitik.

Nach monatelangem Zögern hat Bundeskanzler Scholz am 10. Mai endlich eine MPK zur aktuellen Migrationskrise einberufen. Indes wurden in den ersten vier Monaten des Jahres bereits 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt. Die Unionsfraktion hat deshalb von Anfang an das Gespräch mit den Kommunen gesucht, die aktuell die Hauptlast dieser Situation schultern. Beim Kommunalgipfel unserer Fraktion am 30. März haben wir intensiv zugehört und mit den Kommunen echte und rasch wirksame Lösungen erörtert. **Standpunkt:** Deutschland ist ein starkes und hilfsbereites Land. Unser christliches Menschenbild gebietet die Unterstützung für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Die anhaltend hohe Hilfsbereitschaft der Bevölkerung unterstreicht diese Haltung eindrucksvoll. Gerade die Kommunen leisten in dieser Zeit Außergewöhnliches, stoßen aber an ihre Belastungsgrenzen. Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz nun zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind jedoch offensichtlich völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung. •

CDU/CSU stimmt mit Nein:

Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes in Mali (Minusma-Mandat)

In dieser Sitzungswoche haben wir uns mit der Verlängerung des Mandats Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR). Das Mandat wird weitgehend unverändert verlängert und umfasst die Entsendung von bis zu 400 Soldaten.

Problematischer war für die Abstimmung zur letztmaligen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der UN-Mission in Mali (MINUSMA). Dem Mandat haben wir zum ersten Mal nicht zugestimmt.

Standpunkt: Der Auftrag der Bundeswehr in der Mission MINUSMA ist nicht mehr sachgerecht, teilweise nicht mehr ausführbar und damit im Lichte der Auftragszielsetzung weitgehend wirkungslos. Dies wird sich auch in den kommenden Monaten erwartbar nicht mehr ändern. Die Verweigerung der Unterstützung durch die malische Regierung, etwa durch die regelmäßige Behinderung und Verzögerung von Transportflügen und die nicht durchgehend verfügbare Luftunterstützung als Rückversicherung des deutschen Kontingents, sind inakzeptable Rahmenbedingungen. Das nun vorliegende Auslaufmandat bis zum Mai 2024 stellt eine unnötige Verlängerung des Einsatzes der Soldatinnen und Soldaten dar und vergrößert ihre Gefährdungslage unnötig. •

Zu Gast bei „Jetzt mal Hessen“



The screenshot shows a social media post from the account 'CDU_HESSEN' with the title 'Beiträge'. The post features a portrait of Markus Koob, a member of the Bundestag, and a graphic for the podcast 'JETZT MAL HESSEN'. The text of the post reads: 'Gefällt yannick3air und 28 weiteren Personen', 'cdu_hessen Eine neue Folge unseres #Podcasts JETZT MAL HESSEN ist online.', 'In dieser Woche ist unser Bundestagsabgeordneter @markuskoob_ zu Gast. Viel Spaß beim Zuhören!', 'Jede Woche bekommt ihr eine neue spannende Folge mit tollen Gästen zu hören.', 'Bei Fragen oder Themenvorschlägen könnt ihr uns gerne an podcast@cdu-hessen.de schreiben.', 'Wo ihr den Podcast hören könnt? Über Spotify und Apple Podcasts.', and a link 'https://lnk.bio/jetztmalhessen' along with several hashtags.

Die gute Nachricht der Woche: Kleiner Hoffnungsschimmer für Verbraucher.

Inflation ist Geldentwertung und bedeutet für den Verbraucher, dass er sich von einem Euro weniger leisten kann. Seit Monaten haben wir mit diesem Phänomen zu kämpfen und merken die Teuerung bei jedem Einkauf, beim Restaurant-Besuch oder auf unserer Stromabrechnung. Immerhin wurde zum zweiten Mal in Folge die Acht-Prozent-Marke unterschritten. Zu hoffen wäre, die Anhebungswelle ihren Scheitelpunkt überschritten hat. •